

Freisinnig-Demokratische Partei
der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 923 76 56 Fax 01 923 76 57 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	--

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

23. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Schweizerische
Landesbibliothek
Haltwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt

fdp.live
prd.live

Das politische Ereignis
Am 11. Mai wird
www.fdp-live.ch
aufgeschaltet. **10/11**

Nicht auf Bushs Spuren
FDP stellt
CO₂-Reduktionsziel
nicht in Frage. **12**



Neue Präsidentin
Die Glarner Regierungsrätin
Marianne Dürst-Kundert
an der Spitze der FDP-
Frauen Schweiz. **13**

Soldaten-Selbstschutz
Nach einem Ja am 10. Juni
müssen die Schweizer nicht
mehr durch Österreicher
geschützt werden. **14**

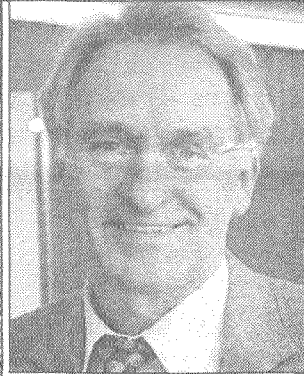
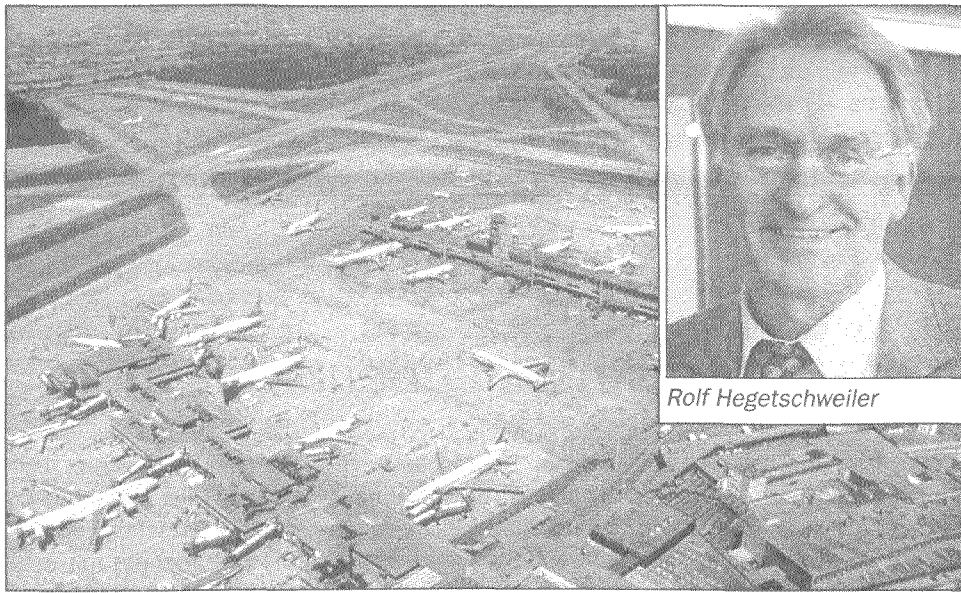
Anzeige

Innotherm
Öl-Kondensations-
heizungen brauchen
keinen Kamin.

INNOTHERM
Innotherm AG - Tolückenstr. 14 - 8274 Tügerwilten
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Eine Zumutung für Zürich Klote

Unbrauchbar nicht nur für Anwohner des Flughafes



Rolf Hegetschweiler

Auf welcher Piste auch immer an- oder abgeflogen wird, einen zusätzlichen Teil wird die Schweiz selber übernehmen müssen. Entlastungen bringen die Grossraumflugzeuge.

Als «Maximum des Erreichbaren» hat ein Sprecher des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (BAZL) das Verhandlungsergebnis kommentiert, mit dem Bundesrat Leuenberger am Montag von den Luftverkehrsverhandlungen in Berlin zurückgekehrt ist. Nach fast einem Jahr erfolgloser Vorbereitungsgespräche auf der Ebene von Fachbeamten ist nun also eine Lösung für die Regelung der Überflüge über deutsches Gebiet für Starts und Landungen von und nach dem Flughafen Zürich Kloten gefunden, oder im Klartext: aufgezungen.

Von FDP-Nationalrat
Rolf Hegetschweiler,
Zürich

Aber was für eine Lösung! Wahrlich ein schönes «Maximum»! Natürlich ist die Mission von Bundesrat Leuenberger keine einfa-

che gewesen. Aber das Ergebnis – die Beschränkung der Anflüge auf Zürich Kloten über deutsches Gebiet auf unter 100 000, ein Überflugverbot in der Nacht und ausgedehnter noch an Wochenenden, und das alles unabänder-

lich für acht lange Jahre zementiert –, das ist nicht ein «politischer Kompromiss», wie Leuenberger und sein deutscher Amtskollege Bodewig an der gemeinsamen Pressekonferenz erklärt haben. Das ist eine einseitige, diskrimi-

nierende und Drangsalierung zürcherischen Seite.

Liess sich Leuenberger über den Tisch ziehen?

Die deutschen Maximalforderungen – nur noch 80 000 Überflüge, Nacht- und Wochenendüberflugverbote – waren völlig überraschend. Solche Beschränkungen gelten für keine internationalen Flughäfen, zuletzt in Deutschland selber. Dass Deutschland trotzdem solche Forderungen einem Nachbarland aufzuzwingen versucht, ist unredlich und entspricht nicht den Gepflogenheiten, wie man mit einem befreundeten Nachbarn umgeht. Diesen Forderungen hat unser Verkehrsminister und Bundespräsident Leuenberger völlig unverständlichweise in einem Ausmass stattgegeben, dass er Schwierigkeiten haben wird, dies innenpolitisch zu erklären. Es zeigt sich einmal mehr, dass unser Bundespräsident weder ein Aussenminister noch ein geschickter Diplomat ist. Als solcher hätte er

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

eine so einseitige Vereinbarung nie akzeptiert.

Massiv mehr Fluglärm zu erwarten

Für die Schweiz bedeutet die erzielte Vereinbarung, dass von den für die nächste Zukunft prognostizierten 420 000 Starts und Landungen 320 000 über schweizerischem Gebiet abgewickelt werden müssten. Dies ist doppelt so viel wie im Jahr 2000. Namentlich die Kantone Aargau und Zürich würden massiv mehr Fluglärm zu ertragen haben. Zudem wird es auch unvermeidlich sein, dass bisher verschonte Gebiete im Süden des Flughafens zunehmend in den «Genuss» von Fluglärm kommen. Wie Leuenberger

dies seinen Miteidgenossen und Mitzürchern vermitteln will, weiss er offenbar selber noch nicht, hat er doch bereits an der Pressekonferenz in Berlin gesagt, dies werde zu langen und harten innenpolitischen Diskussionen führen – woran nicht zu zweifeln ist.

Von Deutschland aufgezwungenes Wachstumsverbot

Bereits mittelfristig hat die Vereinbarung für den Flughafen Zürich Kloten Einschränkungen des Flugbetriebes zur Folge. Nur Zyniker können argumentieren, mit der absehbaren Redimensionierung der Swissair spiele das ja sowieso keine Rolle mehr. Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Vom Flug-

hafen Zürich profitiert die ganze Schweiz, und sie profitiert namentlich von der Hub-Funktion des Flughafens, also davon, dass Zürich eine Umsteigeplattform mit einer Fülle von Flugverbindungen ist, die nur dank Umsteigepassagieren rentabel sind. Welches genau die Auswirkungen der ausgehandelten Lösung auf die Hub-Strategien der Swissair und der Unique Zurich Airport AG sind, lässt sich noch nicht abschätzen. Sicher ist aber, dass die Entwicklungschancen des Flughafens seit dem 23. April massiv eingeschränkt sind, trotz baulichen Erweiterungen, die gegenwärtig auf Hochtouren laufen. Dass die Überflüge in absoluten Zahlen und für die Dauer von acht

Jahren ab Inkrafttreten des Vertrages fix festgelegt wurden, ist für mich schon fast unglaublich. Wer weiss denn, wie sich der Flugverkehr im Laufe von zehn Jahren entwickeln wird? Wahrscheinlich ist, dass er wachsen wird – davon gehen alle Prognosen aus. Entweder hat nun die Zunahme der Flugbewegungen ausschliesslich über schweizerischem Gebiet zu erfolgen – einer solchen Lösung sind aber technische Grenzen gesetzt –, oder aber Deutschland hat dem schweizerischen Flughafen Zürich Kloten erfolgreich ein Wachstumsverbot (zum Vorteil für München?) auferlegt. Kaum zu glauben in einer Region mit liberaler Wirtschaftsordnung!

Gegenmassnahmen dürfen nicht tabu sein

Was ist zu tun? «Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil», sagt man. Hier scheint mir dies tatsächlich angebracht. Wenn die süddeutschen Gemeinden mit dem Lärm von Flugzeugen, die in einiger Höhe mehrheitlich fast antriebslos Richtung Kloten gleiten, nicht mehr zu recht kommen, wie sollen dann die Anwohner von Transitstrecken in der Schweiz den Lärm und die Abgase deutscher Lastwagen im Transitverkehr hinnehmen? Solche Überlegungen dürfen in den nächsten Monaten nicht tabu sein, wenn wir uns an die Umsetzung dessen machen, was uns Moritz Leuenberger in Berlin eingebracht hat. ■

Enttäuschendes Ergebnis

FDP-Meinung zum Überflugstreit mit Deutschland

Die FDP ist enttäuscht über die Verhandlungsergebnisse von Berlin vom 23. April 2001. Bundespräsident Moritz Leuenberger hat den Ernst der Lage offensichtlich unterschätzt und hat zu grosse und detaillierte Konzessionen zulasten der Schweiz gemacht. Die FDP rechnet mit negativen Auswirkungen nicht nur für die Region Zürich, sondern für den Standort Schweiz insgesamt.

Die FDP fordert die volle Ausnutzung noch bestehenden Spielraums bei der Formulierung des Staatsvertrags sowie die ernsthafte Prüfung aller möglichen rechtlichen Schritte gegen diese Diskriminierung der Schweiz. Der Bundespräsident muss zudem die Verhandlungen zur allfälligen Lärm-Lastenverteilung

innerhalb der Schweiz führen. Die FDP Schweiz ist enttäuscht über die Resultate der Verhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland über die Zahl der Überflüge zum Flughafen Zürich. Die Konzessionen, welche Bundespräsident Leuenberger am 23. April 2001 in Berlin ge-

genüber Deutschland gemacht hat, treffen einseitig und diskriminierend die Schweiz. Stossend ist insbesondere die massive Ungleichbehandlung des Zürcher Flughafens im Vergleich zu den deutschen Flughäfen. Der UVEK-Vorsteher hat den Verhandlungen mit Deutschland offensichtlich erst zu spät die notwendige Priorität eingeräumt. Der Ernst der Lage wurde unterschätzt. In einer Gesamtverkehrsbeurteilung ist in Rechnung zu stellen, dass die Schweiz eine grosse Menge Schwerverkehrslärm und -abgase aus Deutschland erduldet. Im

Weitern sind gegen zehn Prozent der Flughafenbenutzer deutscher Herkunft. Die FDP rechnet mit negativen Auswirkungen nicht nur für die Region Zürich, sondern für das Wachstum des Standortes Schweiz insgesamt. Insbesondere für die Arbeitsplätze bei der Swissair und beim Flughafen Zürich stellen die inakzeptablen Ergebnisse zusätzliche ungünstige Voraussetzungen für die Zukunft dar. Die Flughafenfrage ist eine Frage von nationaler Bedeutung. Die FDP fordert die Diskussion des Dossiers im Rahmen der Vonnattenwyl-Gespräche vom

18. Mai 2001 zwischen den Bundesratsparteien und dem Bundesrat. Dabei erwartet sie von Bundespräsident Leuenberger:

- eine ernsthafte Beurteilung der rechtlichen Alternativen zum diskriminierenden Staatsvertrag
- eine Analyse des Spielraums bei der Ausformulierung des Staatsvertrags
- ein Vorgehenskonzept des UVEK-Vorstehers bezüglich der Lärm-Lastenverteilung im Inland unter Einbezug des Standortkantons, der übrigen Kantone und des Flughafenbetreibers. ■

Mitarbeiter des Generalsekretariates

Who's who?

Stefan Costa

Geburtsdatum:

26. April 1967

Bürgerort:

Poschiavo (GR)

Wohnort:

Langenthal (BE)

Zivilstand:

noch bis Ende August ledig

Konfession:

Prot.-ref.

Militär:

Oblt, Kdt ai Pzj Kp 16

Hobbys:

Handball, Ski, Fasnacht (Guggemusig «Pouseblooser Langenthal»)

Ausbildung:

- Primar- und Sekundarschule in Langenthal
- Wirtschaftsgymnasium in Langenthal
- Studium Geschichte und Politikwissenschaft
- Lizentiat an der Uni Bern

Bisherige Tätigkeiten:

- «Berner Zeitung», Redaktion Langenthal (83–87)
- Bank Langenthal, Börse (87–95)
- Design Center Langenthal, Dir.-Assistent (95–98)
- GS FDP Schweiz, politischer Sekretär (98–99)

Meine Aufgabe im GS (seit 1. Januar 2000):

- Fraktionssekretär
- Sekretär Geschäftsleitung Präsidentenkonferenz
- Projektleiter Delegiertenversammlungen
- Sekretär Ausschüsse Verkehrs-/Sicherheitspolitik
- Projektleiter «Sommeruniversität» und «FDP-Academy»
- Geschäftsführer «Club Radical»
- Sekretär «Impulsgruppe Liberale Zukunft»
- Sekretär «Forum junger Beamter»

Politik:

- Stadtrat in Langenthal
- Vizepräsident der GPK



Christine Flückiger

Geburtsdatum:

14. September 1977

Bürgerort:

Auswil (BE)

Wohnort:

Neuenburg

Zivilstand:

ledig

Konfession:

Prot.-ref.

Hobbys:

Motorradfahren, lesen, Ski, Sport (Selbstverteidigungssport)

Ausbildung:

- Primar- und Sekundarschule in Biel/Bienne
- Handelsschule in Biel/Bienne

Bisherige Tätigkeiten:

- Generalsekretariat Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (1996–2001)

Meine Aufgabe im GS (seit 1. Februar 2001):

- Sekretariat Dominique Delaloye
- Sekretariat Sébastien Leprat
- Sekretariat Doris Wobmann
- Pressedienst Französisch
- Telefondienst



Bündner sagen Nein

Gegen die Erhöhung des Hotellerie-Mehrwertsteuersatzes

Wie bekannt wurde, hat der Berner SP-Nationalrat Rudolf Strahm ein Postulat eingereicht, in dem er die Aufhebung des reduzierten Hotellerie-Mehrwertsteuer-Sondersatzes fordert.



Silvio Zuccolini

Von Silvio Zuccolini,
Pressechef
FDP Graubünden

Damit stellt er sich klar und unmissverständlich gegen den Tourismus. Der

Tourismus ist in den Bergkantonen eine der wichtigsten volkswirt-

schaftlichen Stützen, von denen die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Kantonen lebt. Der Fremdenverkehr wird – wie schon der Name sagt – von einem Grossteil von Fremden bestritten. Damit sollte klar sein, dass der Tourismus ein klassischer Exportartikel der Schweiz ist. Somit ist es gerechtfertigt, ihn mit einem Sondersatz zu besteuern, so wie in vielen Ländern der EU. Offenbar sind Nationalrat Strahm die ökonomischen Zusammenhänge nicht ganz geläufig, oder vielleicht begreift er es einfach nicht. Es ist bedauerlich, dass die Bergkantone alle Jahre wieder solchen «Volksvertretern» einen Nachhilfeunterricht in ökonomischen Zusammenhängen empfehlen müssen. Im Übrigen: Was nützen 300 Millionen Franken für Hotelenerneuerungen, wenn ein höherer MWSt-Steuersatz alles wieder wegfrisst?

Zusammenhänge nicht ganz geläufig, oder vielleicht begreift er es einfach nicht.

Es ist bedauerlich, dass die Bergkantone alle Jahre wieder solchen «Volksvertretern» einen Nachhilfeunterricht in ökonomischen Zusammenhängen empfehlen müssen.

Im Übrigen: Was nützen 300 Millionen Franken für Hotelenerneuerungen, wenn ein höherer MWSt-Steuersatz alles wieder wegfrisst?

Die FDP Graubünden wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, damit dieser MWSt-Sondersatz für die Hotellerie beibehalten wird, so wie sie sich bei der damaligen Schaffung eingesetzt hat.

Nicht nur im Uno-Jahr

Seit Jahren ist Freiwilligenarbeit anerkannt

Die FDP Rickenbach bewies mit ihrem traditionellen Eiertütschen vor der Waro einmal mehr, dass es weder ein «Uno-Jahr der Freiwilligenarbeit» noch eine staatliche Aufforderung des Kantons Thurgau braucht, um die Freiwilligenarbeit anzuerkennen. Die FDP-Aktion brachte für Jungbläser und «Kodex» Fr. 1050.–.

rus. Gefragt sind weit mehr eigene Ideen und die Übernahme von Selbstverantwortung.

Bereits vor 17 Jahren hat die FDP Rickenbach ihr erstes Eiertütschen durchgeführt. Zu Zeiten, als es die Spitex noch nicht gab und das Wort Solidarität nicht bei jeder Gelegenheit

in den Mund genommen wurde, liessen die Rickenbacher Freisinnigen den Reingewinn aus dem Eiertütschen der Freiwilligenarbeit des Krankenpflegevereins, zukommen. Eine Einrichtung, die damals noch ohne staatliche Hilfe funktionierte. Später, als diese von der Spitex abgelöst und mit immer mehr Steuergeldern finanziert wurde, entschloss man sich, den Reingewinn solchen Vereinen und Institutionen zu übergeben, welche ohne staatliche Hilfe auszukommen versuchen. Darum lassen die Rickenbacher Freisinnigen seit einigen Jahren ihre finanzielle Unterstützung solchen Vereinen zukommen, die sich um die Förderung der nächsten Generation küm-

mern. In diesem Jahr kommt der Reingewinn von 1050 Franken den Jungbläsern des Musikvereins, und dem Verein «Kodex» zugute. Die «Kodex»-Leute unterstützen mit einer Prämierung jene

Schüler des Oberstufenzentrums, welche weder rauchen noch Drogen und Alkohol konsumieren. Die «Kodex»-Verantwortlichen beteiligten sich darum aktiv an dieser Osteraktion, die Jungbläser von Ricken-

bach, unter der Leitung von Yvonne Niedermann, bereicherten diesen Anlass mit einem Ständchen, und die Geschäftsleitung der Waro unterstützte diesen traditionellen Anlass nicht nur ideell.



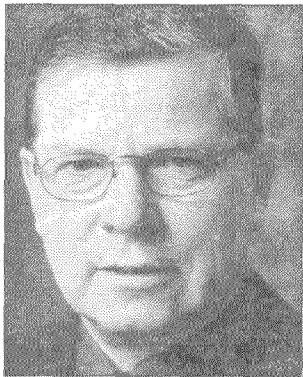
Die Jungbläser der Dorfmusik begleiteten die ganze Aktion, und Gemeinderatskandidat Leo Haas überreichte Dirigentin Yvonne Niedermann den Check.

Bild: rus

Aktive Friedensförderung

Vielfältige Auswirkungen für die Schweiz

Das sicherheitspolitische Umfeld und die Bedrohungslage für die Schweiz haben sich seit dem Fall des eisernen Vorhanges, dem Abbruch der Berliner Mauer und damit dem Ende des «kalten Krieges» grundlegend verändert. Trotzdem ist der grosse Frieden nicht eingetroffen.



Werner Messmer

Von FDP-Nationalrat Werner Messmer, Sulgen TG

Anders als zu Zeiten des kalten Krieges sind in bisher unterdrückten Regionen wie auch auf dem Balkan bei verschiedenen ethnischen Völkergemeinschaften neue Krisenherde entstanden. Bürgerkriegsähnliche Konflikte, verbunden mit menschenverachtenden Greuelthaten, verursachten grosse Flüchtlingsströme, begleitet von Hunger, Not und Elend, aber auch Korruption und Kriminalität. Dass diese Folgen bis zu uns in die Schweiz getragen wurden, haben wir hautnah erlebt. Solche Probleme erfolgreich lösen wollen übersteigt die Möglichkeit eines einzelnen Staates. Es erfordert vielmehr aktive, gemeinsame internationale Anstrengungen. Flüchtlingsströme können nur durch Hilfe vor Ort eingedämmt werden, und es ist völlig inkonsequent und unglaublich, wenn wir Asylbewerber und Flüchtlinge abwehren wollen, auf der anderen Seite aber An-

strengungen der Schweiz im internationalen Verbund behindern, damit Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Auf diesem Hintergrund haben Bundesrat und Parlament die Sicherheitspolitik neu definiert. Sie steht unter dem Motto: «Sicherheit durch Kooperation». Sicherheit ist heute mehr als Verteidigung. Sie beginnt ausserhalb unserer Grenzen, am Ort des Konflikts, am Ort leidender Männer, Frauen und Kinder. Mit der Revision des Art. 66 Militärgesetz soll nun diesem neuen Umstand Rechnung getragen werden. Dabei muss ausdrücklich betont werden, dass wir am 10. Juni nicht über Friedenstruppen Ja oder Nein abstimmen. Solche Einsätze sind weiterhin möglich. Wir entscheiden nur, ob sich unsere Soldaten weiterhin von fremden Wehrmännern schützen lassen müssen, weil sie selber nicht einmal zum Selbstschutz Waffen tragen dürfen.

Die Bedingungen sind klar

Unsere staats- und sicherheitspolitischen Interessen müssen den Einsatz erfordern. Das bedeutet, dass bewaffnete Einsätze nur dort in Frage kommen, wo ein Sicherheitsinteresse der Schweiz vorliegt wie z. B. in Kosovo (nicht irgendwo auf der Welt). Es muss ein Mandat der Uno oder der OSZE vorliegen. Gemäss Abs. 2 ist die Beteiligung an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung verboten. Für bewaffnete Einsätze von mehr als 100 Armeeeingehörigern oder von mehr als drei Wochen Dauer braucht es die Zustimmung der Bundesversammlung. Die Einsätze sind freiwillig. Kein Schweizer Bürger kann zu solchen Dienstleistungen gezwungen werden. Wer behauptet, zum Selbstschutz bewaffnete Schweizer Soldaten verletzen mit ihrem Friedenseinsatz wie in Kosovo unsere Neutralität oder bereiten damit sogar einen Nato-Beitritt vor, versucht bewusst, die Diskussion in eine falsche Richtung zu lenken. Neutralität bedeutet, dass wir an Kriegen zwischen anderen Staaten nicht teilnehmen und keine Seite militärisch unterstützen. Neutralität bedeutet auch, dass wir in Friedenszeiten keine Verpflichtungen eingehen, die es uns verunmöglichen würden, im Krieg neutral zu bleiben. Das schliesst einen Beitritt zur Nato ausdrücklich aus. Alle Unterstellungen in

Richtungen Nato-Beitritt der Schweiz sind deshalb nicht nur falsch, sondern basieren auf Unkenntnis oder absichtlicher Irreführung des Volkes.

Zusammenfassung

Der Bundesrat erhält mit der Revision des Militärgesetzes die Möglichkeit, im Einzelfall, auf Grund der jeweiligen Interessen der Schweiz, unsere Soldaten im Friedensdienst zum Selbstschutz angemessen bewaffnen zu können. Damit sind unsere Freiwilligen im Auslandseinsatz in der Lage, sich selber zu schützen und Aufträge selbständig ausführen zu können. Erst die richtige Ausrüstung ermöglicht eine effiziente Hilfe. Wir Freisinnigen sagen Ja zu dieser Vorlage, weil wir für eine Sicherheitspolitik eintreten, welche unser Land auch vor modernen Gefahren schützt.

Ja zu einer effizienten Ausbildung

Die zweite Abstimmung über die Teilrevision des Militärgesetzes will die Auns zu einem Grundsatzentscheid über die Zusammenarbeit mit dem Ausland umfunktionieren und steigert sich darum in die Behauptung, ein Ja zur Ausbildungszusammenarbeit sei die Türöffnung zu einem Beitritt zur Nato. Das Interesse der Schweiz an der Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland ist offensichtlich. Unsere Armee muss üben können, damit sie ihre Auf-

träge erfüllen kann. In der Schweiz aber können aus Platz- und Umweltschutzgründen bereits ab mittlerem Kampfverband nicht alle Übungen durchgeführt werden, die es braucht, um den notwendigen Ausbildungsstand zu erreichen. Heute schon verschieben sich darum ganze Truppenteile zu Ausbildungszwecken ins Ausland wie zum Beispiel für die Katastrophenübung «Leman 97» nach Frankreich, für die Ausbildung mechanisierter Infanterie nach Österreich, die Panzertruppen nach Deutschland oder etwa für die Teilnahme Schweizer Militärpiloten an taktischen Luftkampfübungen nach Grossbritannien, in die Niederlande, nach Italien und nach Norwegen. Solche Ausbildungstätigkeiten über die Landesgrenze hinaus sind mit dem Neutralitätsrecht vollumfänglich vereinbar, weil sie zu keinerlei Beistandsverpflichtung führen. Der kalte Krieg ist vorbei. Die Staaten Europas arbeiten auch in der militärischen Ausbildung stärker als früher zusammen. Die internationale Ausbildungszusammenarbeit ist zur Normalität geworden. Sie ist für das Militär genauso wertvoll und naheliegend wie der internationale Austausch in Wirtschaft, Industrie oder Forschung. Politische oder gar militärische Verpflichtungen entstehen keine. Die Neutralität wird nicht geschwächt, die militärische Selbständigkeit der Schweiz nicht gefährdet, im Gegenteil, durch einen besseren Ausbildungsstand sogar erhöht.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Heute erfordert jede einzelne Aktivität in dieser Richtung einen separaten Beschluss des Bundesrates mit entsprechenden völkerrechtlichen Verträgen. Also ein grosser administrativer Aufwand. Am 10. Juni geht es darum lediglich um die Möglichkeit, diese Verfahren zu vereinfachen, indem der Bundesrat für Rahmenvereinbarungen zuständig ist und das VBS technische Details regelt. Zugleich kann damit ein besserer Rechtsschutz für unsere Armeeangehörigen erreicht werden, damit diese auch im Ausland der schweizerischen Militärgerichtsbarkeit unterstehen und nicht wie Privatpersonen behandelt werden.

Zusammenfassung

Wegen Raum- und Luftknappheit kann vieles nicht oder mangelhaft trainiert werden:

- Verbandsübungen mechanisierter Infanterie
- Verbandsübungen der Panzertruppen

■ Die Luftwaffe

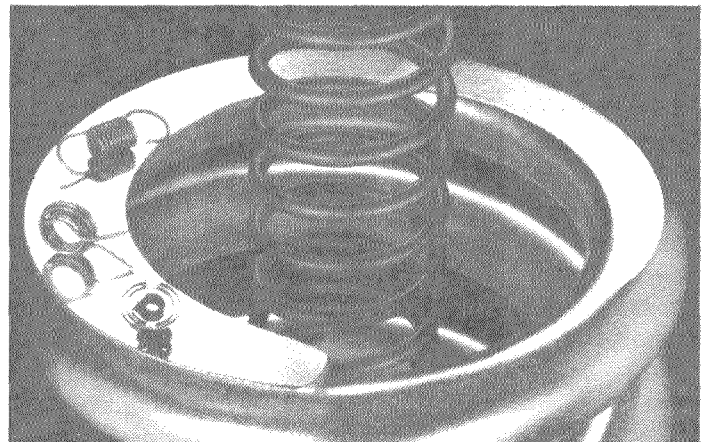
Unsere Raketenflab kann in unserem Land gar nicht schieben. Darum sind wir mit unseren modernen Waffensystemen auf Übungsgelände anderer Länder angewiesen.

Durch Vergleiche mit anderen Truppen profitieren wir nicht nur von ihren Erfahrungen, sondern unsere Ausbildung wird «neutral überprüft» und deckt unsere Schwächen schonungslos auf. Lieber testen wir unsere Fähigkeiten im «friedlichen Wettstreit» als erst im Ernstfall. Der Ruf nach modernen Waffensystemen ist das eine, deren entsprechende Trainingsmöglichkeit aber das andere. Wer, wie die Auns, diesen Weg verbauen will, verunmöglicht eine zeitgemässe Ausbildung mit diesen Geräten und fördert die Mittelmässigkeit, welche im Ernstfall nicht genügen kann.

Wir Freisinnigen sagen auch zu dieser Revision Ja, weil wir Ja sagen zu einer starken, modernen, für die Verteidigung unseres Landes befähigten Armee. ■

Anzeige

Weltweit federführend...



...in Technologie, Qualität und Partnerschaft...

BAUMANN FEDERN AG

Postfach

CH-8630 Rüti/Schweiz

Tel. 055/2868 111

Fax 055/2868 511



Machindi AG, Baar

Die Firma Machindi AG setzt sich für energiesparendes und einzigartiges Wohnen ein

Das neue Bausystem von ABC (Allkind Building & Construction System) garantiert beste Qualität, hohe Wärmedämmung und Wertbeständigkeit. Gleichzeitig wird der Arbeits- und Planungsaufwand auf ein Minimum gesenkt.

Die Vorteile eines Machindi-Hauses sind:

- Steigerung der Wohnqualität – Die kontrollierte und integrierte Lüftung garantiert ein angenehmes Wohnklima – Die kurze Bauzeit reduziert die Baukosten – Massgeschneiderte Serviceleistungen – Grundstückvermittlung und Grundstücksuche
- Finanzierungen, Vermittlungen und Versicherungsberatung

Das ABC-Bausystem setzt da an, wo das Bauen für gewöhnlich teuer wird. In Greppen werden 6 Doppeleinfamilienhäuser mit dem ABC-System gebaut. Modernste Gebäudetechnik erlauben eine zuverlässige Steuerung aller Funktionen im Haus wie Heizung und Lüftung. Eine sensible Einzelraumregelung gehört dabei ebenso zum Standard, wie eine optimale ökoeffiziente Regelung des gesamten Energiebedarfs. Der Einsatz einer kontrollierten Wohnungslüftung mit Wärmerückgewinnung und

Kühleffekt im Sommer steigert zusätzlich den Wohnkomfort. Kombiniert mit der Wärmedämmung durch die ABC-Bauweise, verleiht das Gebäudeleitsystem jedem Machindi-Haus eine Energie- und Ökoeffizienz, die laut Machindi-Geschäftsführer Rolf Roos für ein wertbeständiges Qualitäts-Massivhaus einmalig hoch ist und sogar den Minergie-Standard übertrifft:

«In einem Machindi-Haus verfolgt man die Entwicklung des Heizölpreises eher gelangweilt.»

Die Firma Machindi AG verfügt über ein Know-how von erfahrenen Architekten und Bauingenieuren. Ihre Wünsche und Vorstellungen können mit dem Verfahren der Machindi AG innert kürzester Zeit realisiert werden und Ihr Traumhaus nimmt schnell Formen an.

Anfrage für die Siedlung «Seeblick» in 6404 Greppen am schönen Vierwaldstättersee erhalten Sie bei: Machindi AG, Zugerstrasse 72, 6342 Baar, Tel. (041) 763 23 50,

Fax (041) 763 23 54, Herrn P. Zihlmann verlangen.

E-Mail: info@machindi.ch und www.traumhaus-in-greppen.ch

Neuer St. Galler Sekretär

Felix Keller hat am 1. Mai sein Amt angetreten

Allein die Tatsache, dass Felix Keller die Nachfolge von Stefan Obrenovic am 1. Mai angetreten hat, beweist schon, dass es sich um den Geschäftsführer einer bürgerlichen Partei handelt. Hinzu kommt, dass sein Stellenantritt auch thematisch richtig liegt. Ist doch Felix Keller als Hauptmann der Schweizer Armee geradezu prädestiniert, die Schlussphase des Abstimmungskampfes für den 10. Juni mitzumachen.

rus. Kurz aus dem Leben des St. Galler Geschäftsführers: Der ledige Felix Keller ist am 29. Juli 1975 als Bürger von Wittenbach SG und Zürich geboren. An seinem Wohnort Kronbühl ist er Mit-

glied der Ortspartei Wittenbach-Kronbühl.

Blick über die Grenze

Als Hauptmann kommandiert er die Pz Hb Btr II/20 und ist Präsident der Offiziersgesellschaft Kreuzlin-



Felix Keller

gen. Gleichzeitig ist er Vorstandsmitglied der Offiziersgesellschaft des Kantons Thurgau. Gerade diese Tätigkeit über die Kantonsgrenze hinweg zeigt die offene Haltung des neuen St. Galler Geschäftsführers. Aus dieser Sicht ist zu erwarten, dass die Zusammenarbeit zwischen Thurgau und St. Gallen auch auf FDP-Ebene vertieft wird.

Gut gefüllter Rucksack

Nach den Grundschulen in seiner Wohngemeinde schloss Felix Keller die 3-jährige Berufsmittelschule an der Handelsschule des Kaufmännischen Vereins St. Gallen im Jahre 1994 ab. Am 17. Oktober 1997 begann er ein Ganztagesstudium an der Fachschule für Wirtschaft in St. Gallen, Vertiefung Rechnungswesen / Controlling. Der Abschluss als Betriebsökonom FH erfolgte am 31. August 2000. Thema der Einzeldiplomarbeit war: «Konzept Rechnungswesen für die NAPAG AG Schweiz: Analyse der Ist-Situation, Ableitung der Anforderungen inklusive Entwicklung

von Lösungsansätzen für ein entscheidungsorientiertes Management-Informationssystem».

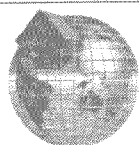
Inklusive Praxis

Nebst seiner schulischen Weiterbildung hat es Felix Keller nie versäumt, praktische Erfahrung zu sammeln. So wirkte er nach dem KV-Abschluss während drei Jahren auf dem Bauamt und der Gemeinderatskanzlei der Gemeinde Wittenbach SG. Als

a. o. Verwaltungsangestellter mit selbständigen Befugnissen wirkte er auch auf der Gemeindeverwaltung Muolen. Vor seinem Übertritt auf das FDP-Sekretariat war er Assistent in der Service Line Assurance and Business Advisory Services (Wirtschaftsprüfung) bei PricewaterhouseCoopers AG, St. Gallen.

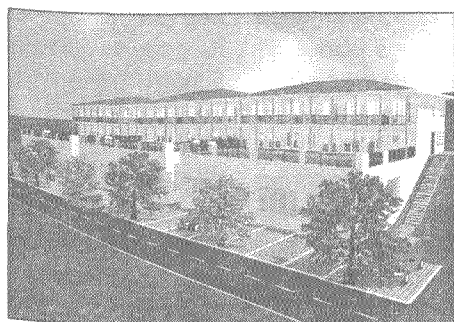
So erreicht man Felix Keller: Kantonalsekretariat FDP St. Gallen, Harfenbergstr. 2, 9000 St. Gallen, Tel. (071) 222 45 45, Fax (071) 222 45 48 oder sekretariat@fdp-sg.ch. ■

Anzeige



MACHINDI AG

MASSIV CH-ENGINEERING INDIVIDUELL GEBAUT



- Erholsames und sonniges Wohnen
 - Seesicht und unverbaubare Lage
 - Zug/Luzern innert 20 Min. erreichbar
 - direkt am Vierwaldstättersee
- das sind Ihre Vorteile beim Kauf eines 5½-Zimmer-Doppeleinfamilienhauses in 6404 Greppen bei Küsnacht am Rigi. Geeignet für Wohnen mit Gewerbe als Büro, Arztpraxis oder Lager
Preis ab Fr. 981 000.-

Machindi AG Zugerstrasse 72
6342 Baar Tel. (041) 763 23 50
Fax (041) 763 23 54
www.traumhaus-in-greppen.ch

**Donnerstag, 17. Mai, 18.15 Uhr,
im Käfigturm Bern**

Einsatz in Kosovo

Erlebnisbericht von Peter Gysling, Presseoffizier des ersten Swisscoy-Kontingentes in Kosovo, mit anschliessendem

Streitgespräch

- Mit**
- Peter Kofmel, FDP-Nationalrat SO
 - Werner Gartenmann, Geschäftsführer «Friedensplatz Schweiz»
 - Vincent Lavachy, GsoA Bern

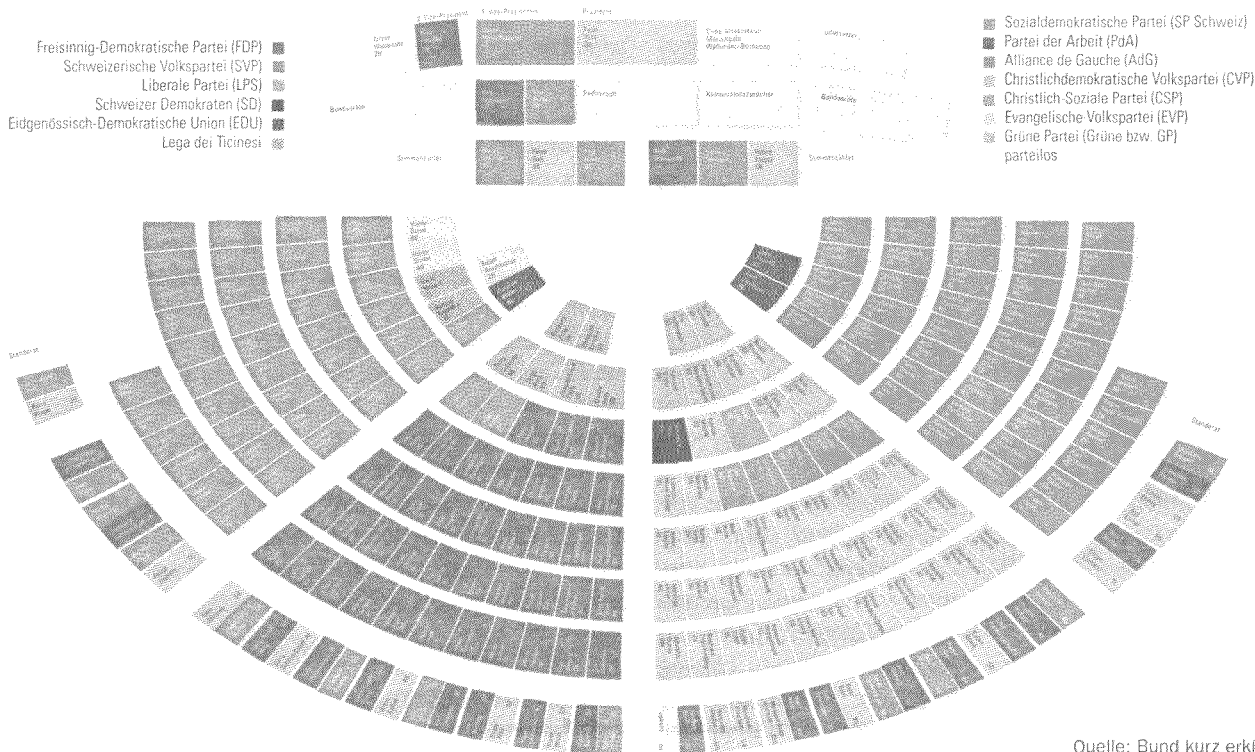
Apéro

Organisator:

FDP-Beamtenvereinigung
c/o GS FDP Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Tel. (031) 320 35 24
E-Mail: triner@fdp.ch

Wer Wachstum wählt, wählt FDP

Die 61-köpfige FDP-Fraktion ist für nachhaltiges Wachstum



Quelle: Bund kurz erklärt

In einer Motion fordert die FDP den Bundesrat auf, im Rahmen der Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung das Ziel eines nachhaltigen, dauerhaften Wirtschaftswachstums ins Zentrum seiner Politik zu stellen.

In ihrer Richtlinienmotion fordert die FDP den Bundesrat zu sieben zielorientierten Massnahmen auf.

1. einen Bericht über das Schweizer Wirtschaftswachstum zu erstellen, der die Stellung der Schweiz bei den wichtigsten Wachstumsdeterminanten darstellt und die Auswirkungen der aktuellen Schweizer Wirtschaftspolitik auf diese Bestimmungsfaktoren analysiert;
2. eine dazugehörige Umsetzungsstrategie für eine Anpassung der Rahmen-

bedingungen zur Stärkung der Wachstumskräfte zu erarbeiten;

3. im Rahmen der Umsetzungsstrategie staatlich verursachte Hindernisse, die ein Gedeihen der Wirtschaft verhindern, systematisch zu durchforsten und abzubauen;

4. im Rahmen der Präsentation der Jahresziele regelmässig konkrete Massnahmen vorzustellen, die er für die Umsetzung der Strategie für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu unternehmen gedenkt;

5. im Rahmen der Präsentation der Jahresziele gleichzeitig im Sinne eines Nachweises zu berichten, welche Massnahmen in der abgelaufenen Periode zur Verringerung bzw. Beseitigung von Wachstumshindernissen ergriffen wurden;

6. im Rahmen der Regulierungsfolgenabschätzung für neue Gesetzesvorlagen stets besonders die Wirtschaftswachstumsverträglichkeit zu überprüfen;
7. die KMU-Politik auf das Ziel des Wirtschaftswachstums auszurichten.

Wirtschaftswachstum

Gemäss Artikel 2 Absatz 2 der Bundesverfassung ist die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, der innere Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern. Neben dem ökologischen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Aspekt kommt somit auch der wirtschaftlichen Entwicklung eine ent-

sprechende Bedeutung zu. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördert nicht nur den materiellen Wohlstand. Es eröffnet die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung. So bieten wachsende Volkswirtschaften unter anderem ein stabiles und interessantes Arbeitsumfeld, sorgen mit ihren Investitionen für eine gesicherte Zukunft und eröffnen Bildung und Forschung ein breites Feld. Ein gesundes nachhaltiges Wirtschafts-

wachstum sichert damit auch die politische Stabilität und fördert die kulturelle Vielfalt. Die Entfaltungsmöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen über die vorgeschlagenen Massnahmen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung gefördert werden. Wirtschaftswachstum ermöglicht die von der FDP propagierte Chancengesellschaft. Damit wird zusätzliche Kaufkraft und somit Wohlstand für alle geschaffen. Wenn zudem die Handlungsspielräume, die Eigenverantwortlichkeit unserer Unternehmen, insbesondere der KMU, nicht durch staatliche Hindernisse unterbunden werden, kann ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Soziale Sicherheit

Die wirtschaftliche Stagnation der neunziger Jahre hat das Bewusstsein um den Stellenwert einer florierenden Wirtschaft geschärft: Ohne Wirtschaftswachstum erhöht sich der Druck auf die Löhne; ohne Wirtschaftswachstum müssen Arbeitsplätze abgebaut werden; ohne Wirtschaftswachstum geraten die tragenden Säulen der Sozialpolitik in Schieflage; ohne Wirtschaftswachstum steigen die sozialen Spannungen.

Anzeige

bis 80 Personen

Chibouchee
Chinoise-, Bourguignonne-, Cheese Fondues

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ☒ Switzerland

天香樓

▲ Phone +41-41 412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41 410 43 53 ▲
▲ e-mail restaurant@fondue-house.ch ▲
▲ www.fondue-house.ch ▲



Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich

Saldo mortale

In den vergangenen zwanzig Jahren nahm die Zahl der schweizerischen Zeitungstitel von 266 auf 201 ab. Schliessungen und Fusionen sind die Ursachen. Die ebenfalls stattfindenden Pressekonzentrationen führten dazu, dass immer mehr Zeitungen ihre aktuellen überregionalen Leistungen teilen. Erschienen 1980 in einem Verlag durchschnittlich 1,2 Zeitungen, so sind es heute 1,4, in der deutschsprachigen Schweiz 2,3.

Die Zahlen stammen vom Bundesamt für Statistik. Es veröffentlichte sie Ende April unter den Schlagzeilen «Redaktionelle Kooperationen immer bedeutender» und «Pressekonzentration und Zeitungssterben».

Das ist unbestreitbar richtig, aber ausgesprochen ergänzungsbedürftig. Die Verlautbarung des Bundesamtes für Statistik erweckt den Eindruck, es entstehe für die Leserinnen und Leser ein Mangel, wenn nicht sogar eine Gefahr. Die Diagnose «Pressekonzentration und Zeitungssterben» redet uns drohendes Unheil ein. Quantitative Veränderungen werden in die Nähe der qualitativen Verschlechterung gerückt.

Im Umkehrschluss hiesse dies, die Presse funktioniere als «Bannwald der Demokratie» desto sicherer, je mehr Titelbäume der Statistik-Förster zählen kann. Doch genau damit ist es nicht getan.

Entscheidend ist, welche Stärke die Zeitungen be-

sitzen, wie tief sie verwurzelt sind und mit welcher Kraft sie gedeihen. Die Antwort auf diese Frage hängt nicht von der Menge ab. Auf die Qualität kommt es an.

Sie hat zugenommen. Die Themenvielfalt der Zeitungen ist gestiegen. Sie pflegen Hintergrundseiten, bauen das Korrespondentennetz aus und berichten aktueller. Das erfordert finanzielle Mittel, über die kleine und mittlere Blätter nicht mehr verfügen.

Diese Entwicklung hängt eng zusammen mit den höheren Ansprüchen der Leserschaft. Auch der Konkurrenzdruck durch die elektronischen Medien hat sich verschärft. Die Zeitungen sind zu unternehmerischen Innovationen gezwungen. Das kostet Geld.

Wenn das Bundesamt für Statistik schreibt, für die Leserinnen und Leser sei das Angebot an «selbständig redigierten aktuellen Zeitungsteilen» weniger breit als früher, ist dies wiederum zutreffend, aber erneut ergänzungsbedürftig.

Denn ein breites Angebot an Zeitungen, die «selbständig», aber rückständig redigiert werden, dient der Nostalgie, nicht jedoch der Information und Meinungsbildung. Überdies ist dank dem Internet die Möglichkeit individuell grenzenlos und mühelos geworden, sich das Zeitungsangebot zu vergrössern – autonome und der Aktualität verpflichtete Redaktionen eingeschlossen.

Die vom Bundesamt für Statistik erhobenen Zahlen sind gewiss korrekt. Die Zweifel gelten den beklagten Defiziten. Da hat jemand den Saldo mortale gewagt.

Die neu lancierten Gratis- oder Pendlerzeitungen erhöhen zwar die Zahl der Titel und ergeben ein statistisches Plus. Aber spätestens hier wird deutlich, wie zweifelhaft Messwerte sein können. Die Gratis- oder Pendlerzeitungen erschweren den traditionell finanzierten

Zeitungen unnötig das Leben, leisten an die Vielfalt wenig bis nichts und veranstalten als rasch zerknüllte Billigerzeugnisse die öffentlichen Verkehrsmittel und die Strassen.

Klar: Wo das Zeitungssterben stattfand, war es nicht stets ein Segen. Wo es ausblieb aber auch nicht.

Anzeige

allreal

renovation
umbau

Als Ihr Partner realisieren wir Ihr Renovations- oder Umbauvorhaben. Kleinere und grosse Liegenschaften aller Art. Dank unserer langjährigen Erfahrung sichern wir Ihnen ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis. Auf offene Abrechnung oder pauschal. Rufen Sie uns an!

Allreal Generalunternehmung AG
Birchstrasse 117, 8050 Zürich
T 01-319 11 11, Herr Peter Jaeggi
F 01-319 11 12, www.allreal.ch

Ein politisches Ereignis: Machen Sie mit!

fdp.live: Politik online

Die neuen Informations- und Kommunikationsmittel verändern unsere Welt. In fast allen Bereichen unseres Lebens bieten sich dank der neuen Technik neue Chancen, treten aber auch Gefahren auf. Die FDP will über diese Thematik aber nicht nur reden, sondern selber und mit Ihrer Mithilfe die neuen Möglichkeiten testen.

Sie sind FDP-Mitglied oder haben einfach den «Freisinn» zur Hand. Besuchen Sie ab dem 11. Mai unsere interaktive Internetseite: www.fdp-live.ch. Diskutieren Sie mit uns über die Konsequenzen der globalisierten Informationsgesellschaft auf unser Zusammenleben. Machen Sie mit. Schreiben Sie den Vorstoss, der Ihrer Meinung nach schon lange im Parlament eingereicht werden müsste. Korrigieren Sie unser Positionspapier zur Informationsgesellschaft. Oder beteiligen Sie sich direkt an der laufenden Vernehmlassung zur Vorlage über den e-commerce. Chatten Sie mit einer Politikerin oder einem Politiker. Nehmen Sie an einem der thematischen Foren teil.

Vergessen Sie nicht: Am 23. Juni ist unser e-Parteitag. Sie haben verschiedene Möglichkeiten, daran teilzunehmen: Sie kommen live an den Anlass in Bern. Sie gehen an einen der fünf Orte, die live mit Bern und auch untereinander kommunizieren. Oder Sie besuchen einen der weiteren acht Parallelanlässe, an denen Sie den Anlass in Bern auf der Leinwand mitverfolgen können und dazu ein lokales «Brunch»-Programm serviert bekommen. Bleiben Sie trotzdem lieber zu Hause? Dann gehen Sie auf www.fdp-live.ch und verfolgen den e-Parteitag live auf dem Internet.

Oder bekommen Sie noch kurzfristig Lust, mit Ihrer Lokalsektion etwas zu organisieren? Kein Problem. Sie brauchen nur Leinwand, Beamer und einen Internetanschluss und einige Freunde, die mitschauen wollen. Dann ist auch Ihre Lokalsektion mit dabei.

Das ist Informationsgesellschaft. Und das ist Politik mal anders – FDP pur. Mit www.fdp-live.ch. Und mit Ihnen.

Wir erwarten Sie. Ab dem 11. Mai bis zum 23. Juni sind Sie live dabei.

Haben Sie Fragen?

Das Projektteam:

Edith Honegger
Tel. (031) 320 35 34
honegger@fdp.ch
Andreas Müller
Tel. (031) 320 35 32
mueller@fdp.ch

FDP
Freisinnig Demokratische Partei

PRD
Parti radical démocrate

surfen Sie live
beim ersten virtuellen parteitag der schweiz
zum thema informationsgesellschaft

surfez en direct et participez à la première journée
numérique d'un parti politique
sur le thème de la société de l'information

deutsch

français

fdp.live
prd.live

Alles in Kürze

Inhalte des Anlasses:

1. Verabschiedung Positionspapier zur Informationsgesellschaft
2. Diskussion zu brennenden Fragen der Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft
3. Politik und Informationsgesellschaft: neue Beteiligungsmöglichkeiten

Form des Anlasses:

1. Vor dem Anlass wird über die speziell eingerichtete Internetseite www.fdp-live.ch während ca. eines Monats über Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft diskutiert und neue Formen der politischen Partizipation via Internet getestet. Dieses Forum ist offen für alle Schweizerinnen und Schweizer.
2. Am 23. Juni 2001, von 9.00–13.00 Uhr, wird ein zentraler interaktiver Anlass in Bern durchgeführt.
3. Neben dem zentralen Anlass führen 13 Orte eine Parallelveranstaltung durch. Fünf davon sind in interaktivem Kontakt mit dem Anlass in Bern. Die anderen Orte sind via Internetübertragung auf Grossleinwand verbunden. Die entsprechenden Kantonal-/Kommunalparteien organisieren ein eigenes Programm zum Thema Informationsgesellschaft spezifisch auf ihre Regionen abgestimmt und verfolgen Teile des Anlasses in Bern live mit.

Thema Informationsgesellschaft

Soll die FDP über die Informationsgesellschaft im traditionellen Rahmen politisieren, Positionspapiere diskutieren, verabschieden, vielleicht dazu einen Vorstoss lancieren? Oder ist es nicht eher so, dass die neuen Bedingungen und Möglichkeiten der Informationsgesellschaft Konsequenzen auch für den Politikbetrieb selbst haben sollen, insbesondere für die Parteien?

Die FDP stellt sich dieser Herausforderung. Sie lädt alle FDP-Mitglieder – und auch Nicht-Mitglieder – ein, über Internet ihren Input beizusteuern. Das Internet als «Politik-Ideenbörse». Das ist der Grund, warum die FDP den Entwurf ihres Positionspapiers zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft in der Schweiz zur Diskussion stellt – für alle.

Die Politik wird so transparenter und offener. Weg vom stillen Kämmerlein, hin zur Bürgerbeteiligung, zur Aufnahme der Kompetenzen eines Jeden.

Die FDP macht den ersten Schritt.

Test der Online-Demokratie

www.fdp-live.ch

Online-Demokratie soll für die FDP kein leeres Schlagwort bleiben. fdp.live bietet Ihnen deshalb eine Fülle von Möglichkeiten, sich an wichtigen politischen Prozessen direkt zu beteiligen. Sehen Sie selber!

Chat: fdp.live bietet Ihnen regelmässig die Möglichkeit, wichtigen Exponenten der Politik Fragen zu stellen und mit ihnen zu diskutieren. Gleichzeitig wird ein Polit-Chat eröffnet, auf dem Sie 24 Stunden am Tag mit anderen Interessierten politisieren können.

Forum: Was bedeutet Heimat in einer globalisierten Welt? Oder: Was muss ein Kind in der Schule lernen, damit es für die globalisierte Welt gewappnet ist? Diese und ähnliche Fragen können Sie in den Foren auf fdp.live diskutieren.

Position: Unter dieser Rubrik suchen wir ab dem 11. Mai die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Position der FDP zum Thema Informationsgesellschaft. Die Besucher und Besucherinnen von fdp.live können den Entwurf zu einem Positionspapier lesen und eigene Kritik und Ergänzungen anbringen.

Vernehmlassung: Das Departement für Justiz hat einen Gesetzesrevisionsentwurf zum elektronischen Geschäftsverkehr in die Vernehmlassung geschickt. Auf fdp.live können Sie selber Anregungen für die Vernehmlassung der FDP einbringen.

Vorstösse:

Vorstösse im Parlament sollen Ihre Probleme und Anliegen auf das politische Parkett bringen. Die FDP nimmt dies ernst und lädt Sie ein, Ideen für Vorstösse in der Junisession vorzubringen.

Online ab:

11. Mai 2001

www.fdp-live.ch

Detaillierte Infos zum 23. Juni finden Sie im nächsten «Freisinn».

Nicht auf Bushs Klima-Spuren

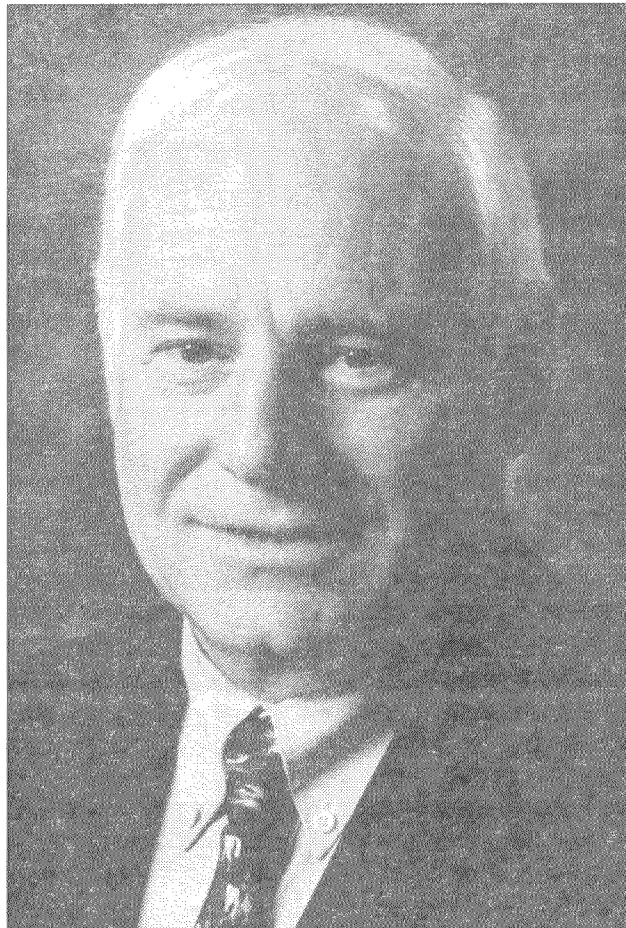
FDP stellt CO₂-Reduktionsziel nicht in Frage

Vorweg ist klar festzuhalten: Die FDP stellt die Ziele des CO₂-Gesetzes, welches ohne Referendum in Kraft getreten ist, nicht in Frage. Daran ändert auch die problematische Haltung der neuen US-Administration nichts. Die entsprechende Anspielung in der NZZ vom 24. April 2001 trifft jedenfalls auf die FDP nicht zu. Diese Reduktionsziele sollen aber wenn immer möglich durch freiwillige Massnahmen erreicht werden; die CO₂-Abgabe darf nur als ultima ratio in Betracht gezogen werden, wie dies der Gesetzgeber ebenfalls vorgesehen hat.

Von FDP-Nationalrat
Ulrich Fischer,
Seengen (AG)

Im Gegensatz zu SP und Grünen, für welche die Einführung einer CO₂-Abgabe auf den frühest möglichen Zeitpunkt, d. h. 2004, mit dem Höchstsatz als beschlossene Sache gilt, hält die FDP dafür – und Bundesrat Leuenberger mit seiner Verwaltung teilt nach eigenen Aussagen diese Auffassung –, dass zunächst alles daran gesetzt werden muss, die Reduktionsziele ohne Abgabe zu erreichen. Deshalb hat

das Buwal, die zuständige Bundesstelle für die Umsetzung des CO₂-Gesetzes, mit Energieagenturen, Wirtschaftsverbänden und Grossverbrauchern von fossiler Energie Gespräche aufgenommen, um mit Vereinbarungen die – zugegebenermassen sehr ambitionierten – gesetzlichen Ziele auf freiwilliger Basis zu erreichen. Das CO₂-Gesetz ist für dieses Vorgehen flexibel genug. Es bestehen gute Chancen, dass die Abgabe auf diese Weise verhindert werden kann, ohne die Ziele in Frage zu stellen.



Ulrich Fischer

Interpretations-spielraum klären

Das CO₂-Gesetz enthält eine ganze Reihe Klauseln, welche vor einer allfälligen Einführung der Abgabe zu beachten sind. So müssen die Massnahmen und Preise der Brenn- und Treibstoffe in den Nachbarstaaten, die Wirkung weiterer Energieabgaben (beispielsweise der Mineralölsteuern) sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und einzelner Branchen berücksichtigt werden. Ein weiterer Gesetzesartikel umschreibt die Möglichkeiten einer Abgabebefreiung vor allem für

Grossverbraucher, wenn diese entsprechenden Verpflichtungen zur Begrenzung der CO₂-Emissionen eingehen. Auch Verminderungen der Emissionen, die im Ausland erzielt und von der Schweiz oder in der Schweiz ansässigen Unternehmen finanziert wurden (sog. Joint Implementation), können auf das Reduktionsziel angerechnet werden. Schliesslich ist eine Differenzierung der Abgabesätze nach Massgabe der Erfüllung der Reduktionsziele möglich. Der Bundesrat verfügt somit über einen grossen Ermessensspielraum bei der Um-

setzung des Gesetzes. Damit die Wirtschaft ihre Massnahmen zur Reduktion der Emissionen optimieren kann, ist sie darauf angewiesen, die Rahmenbedingungen genau zu kennen, mit denen sie künftig rechnen muss. Vom Bundesrat ist deshalb zu verlangen, dass er das Seine zur Klärung beiträgt und rasch bekannt gibt, wie er den ihm zustehenden weiten Interpretationsspielraum zu nutzen gedenkt.

Anreize für CO₂-Reduktion schaffen

Mit klaren Aussagen, welche Möglichkeiten für die Emittenten von CO₂ für die Vermeidung einer Abgabe bestehen, kann der Bundesrat den nötigen Anreiz schaffen, dass der CO₂-Ausstoss der Schweiz mit freiwilligen Massnahmen erheblich reduziert, möglicherweise gar unter das gesetzliche Ziel gesenkt wird. Denn Ziel der CO₂-Gesetzgebung ist die Beschränkung der CO₂-Emissionen, nicht die baldige Erhebung einer möglichst hohen Abgabe. Mit ihrer Politik will die FDP den Bundesrat auf diese Marschrichtung verpflichten. ■

Anzeige

rmr
rolf meier-reisen

Kanalinseln
GUERNSEY · JERSEY

Der britische Geheimtip vor der französischen Küste

Die ideale Kombination zwischen französischem Savoir-Vivre und Britischer Tradition. Klima wie im Tessin
Direktflüge mit Crossair

<http://www.rolfmeierreisen.ch>

Verlangen Sie den Prospekt vom Spezialisten

rolf meier-reisen
Zentralstrasse 7
Neuhausen am Rheinfluss
Telefon 052/672 22 21
für bessere
ferien

Anzeige

Raritäten
Aus unserer
Schatzkammer
ca. 1000 Fl.

Bordeaux
und Burgunder
der Jahre 1933–1986
z. B. Chât. de Pez + Chât. L'Arrosée
pro Flasche 7,5 dl 1971 Fr. 95.–

Vinello Weine Schänis
Versand in der ganzen Schweiz
Auf Wunsch 50% WTR

Preis-/Sortimentsliste unter:
Tel. (055) 214 49 49
Fax (055) 619 54 94
vinello@bluewin.ch

Neue Präsidentin der FDP-Frauen

Marianne Dürst-Kundert löst Sibylle Burger-Bono ab

An der Generalversammlung vom 28. April 2001 haben die Delegierten der FDP-Frauen Schweiz die Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst-Kundert per Akklamation zu ihrer neuen Präsidentin gewählt. Sie löst die Berner Grossrätin Sibylle Burger-Bono ab. Wir wünschen ihr viel Erfolg bei ihrem Ziel, eine wirkungsvolle, starke Politik von und für Frauen zu realisieren.

Von Esther Studer,
Webmasterin FDP
Schweiz und Mitglied
Geschäftsleitung
FDP-Frauen Schweiz

Mit Marianne Dürst-Kundert ist es der Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz gelungen, eine hervorragende Nachfolge-

Anzeige



Es **begann** mit einem Projekt

aus dem **BAUTEC Ideen**-Katalog...

...daraus entstand dieses Haus in enger Zusammenarbeit zwischen der Bauherrschaft und unserem Architekten. Weitere Ideen und Vorschläge im **BAUTEC**-Ideenkatalog. Verlangen Sie noch heute Unterlagen:

Verwirklichen auch Sie Ihre ganz persönlichen Vorstellungen mit uns – immer mit Preis-, Qualitäts- und Termin-Garantie.

- BAUTEC**-Ideenkatalog (über 60 Hausvorschläge)
- BAUTEC**-Umbau-Dok für Umbau Bauland vorhanden? ja nein

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: **BAUTEC** CH-3292 Busswil

anrufen/faxen: Tel. 032-387 44 00

Fax 032-387 44 90

www.bautech.ch Bestellcode: 120 P 105

rin für die Berner Grossrätin Sibylle Burger-Bono zu finden. Die seit 1998 amtierende Regierungsrätin des Kantons Glarus hat grosse politische Erfahrung, begann sie doch ihre politische Laufbahn bereits als Vorstandsmitglied der Glarner Jungfreisinnigen. Als Quereinstei-

gerin hat sie bei ihrem nicht immer einfachen Wahlkampf auf die breite Unterstützung und Hilfe der FDP-Frauen zählen können und hat mit einem Glanzresultat als erste Frau im Kanton Glarus den Sprung in den Regierungsrat geschafft. Dort hat sie sich durch ihre offene, kommunikative Art, ihr Fachwissen und ihr grosses Engagement viel Respekt in allen Lagern verschafft. Durch diese Wahlerfahrung ist sie zur Überzeugung gelangt, dass man mit Frauennetzwerken sehr viel erreichen kann. Es ist ihr ein grosses Anliegen, diese Vernetzung weiter zu fördern. Dies ist auch einer der Beweggründe, warum sie sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt hat. Wir freuen uns, mit einer hochmotivierten neuen Präsidentin den von Sibylle Burger-Bono eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Der abtretenden Präsidentin Sibylle Burger-Bono möchten wir auf diesem Weg ganz herzlich für ihr grosses Engagement während ihrer vierjährigen Amtszeit danken. Sie hat als Bindeglied zur FDP Schweiz massgeblich dazu beigetragen, unsere Position innerhalb der FDP entscheidend zu stärken und den Forderungen der FDP-



Marianne Dürst-Kundert.

Frauen auch gegen aussen Gehör zu verschaffen. Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat sie die von den FDP-Frauen unterstützte Bundesratskandidatur von Christiane Langenberger begleitet. Die Mutterschaftsversicherung, die familienergänzende Betreuung von Kindern berufstätiger Mütter und die Fristenregelung sind Themen, für die sich Sibylle Burger-Bono stets mit vollem Engagement eingesetzt hat. Ausserdem ist ihr die Vernetzung der FDP-Frauen sehr am Herzen gelegen, und sie hat neue Führungsstrukturen geschaffen. Wir danken ihr für den grossen persönlichen Einsatz und die gute

Zusammenarbeit in diesen Jahren und wünschen ihr für die Zukunft weiterhin politisch, beruflich und privat viel Erfolg und alles Gute!

Anzeige

Keine 08/15-Weine
denn wir haben
27 edle Italiener
für Sie ausgesucht!

Z. B. Carignano/Sangiovese
7,5 dl 1998 Fr. 15.50

Vinello Weine Schänis

Versand in der ganzen Schweiz
Auf Wunsch 50% WIR

Preis-/Sortimentsliste unter:
Tel. (055) 214 49 49
Fax (055) 619 54 94
vinello@bluewin.ch

Selbstschutz ist schweizerisch

Ja zum Militärgesetz am 10. Juni 2001

Mit dem Ende des kalten Kriegs hat sich die Bedrohungslage für die Schweiz geändert. Konflikte entstehen nicht mehr zwischen Ländern, sondern zwischen Volks- und Bürgergruppen. Die internationale Staatengemeinschaft hat darauf mit verstärkter Zusammenarbeit reagiert. Es ist auch im Interesse der Schweiz, wenn wir uns an Anstrengungen zur Friedenssicherung in unserem Umfeld beteiligen.

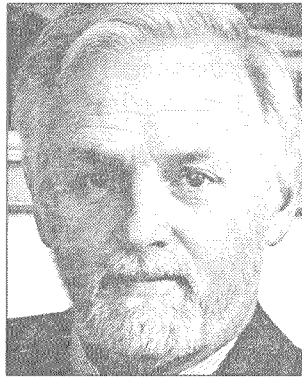
Von FDP-Nationalrat
Erich Müller,
Seuzach (ZH)

Immer wieder haben wir erfahren: In Konfliktgebieten entstehen Flüchtlingsströme. Die Menschen verlassen ihre Heimat aus Not und begehren dann Aufnahme bei uns. Die weitest aus wirksamste und auch humanste Massnahme gegen solche unerwünschten Entwicklungen besteht darin, Flüchtlingsbewegungen an der Quelle zu verhindern, also ihre Ursachen zu beseitigen.

Stabilität durch Hilfeleistung an Ort

Indem die Zahl der Flüchtlinge während eines Kon-

fliktes tief gehalten werden kann oder günstige Voraussetzungen für eine rasche Rückkehr ermöglicht werden, kann Stabilität und Sicherheit geschaffen werden, die auch uns dient. Genau das ist eine der Aufgaben unserer Friedenssoldaten. Sie helfen mit, in Konfliktgebieten Notlagen zu beheben, Bedrohungen von Leib und Leben abzuwenden und Sicherheit zu schaffen. Sie beseitigen die Ursachen von Fluchtbewegungen am Ort. Die Erfahrungen aus Bosnien und Kosovo sind denn auch eindeutig: In Bosnien herrschte jahrelang Krieg, und es kamen sehr viele Asylbewerber in die Schweiz. 1995 wurde das



Erich Müller

Friedensabkommen von Dayton geschlossen. Wir haben von 1996 bis Ende 2000 die OSZE mit unseren Gelbmützen in Bosnien unterstützt. Dieser Einsatz internationaler Friedenssoldaten hat die Fluchtbewegung gestoppt und ermöglicht jetzt, dass Zehntausende in ihre Heimat zurückkehren. Seit diesen Stabilisierungsbeiträgen ist die Zahl der Asylsuchenden aus diesem Land bei uns in der Schweiz um 66 Prozent zurückgegangen. Auf dem Höhepunkt des Kosovokonflikts im Frühjahr 1999 strömten 24 000

Flüchtlinge in die Schweiz. Sie fanden rasch Aufnahme und Unterstützung in unserer Bevölkerung. Mittlerweile sind zwischen Juni 1999 und Ende 2000 im Rahmen der Rückkehrprogramme 32 680 in die Heimat zurückgekehrt, also auch solche, die schon vor dem Kosovokrieg in der Schweiz Aufnahme fanden. Die Beispiele Bosnien und Kosovo zeigen klar, dass wir aus der Friedensförderung vor Ort direkten grossen Nutzen ziehen. Was liegt also näher, als uns selber daran zu beteiligen?

Humanitäre Hilfe als Tradition

Humanitäre Hilfe der Schweiz im Ausland hat Tradition. Das Internationale Rote Kreuz (IKRK), unser Katastrophenhilfekorps (SKH) und die Eidgenössische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) leisten schon lange wertvolle Hilfe in der ganzen Welt. Auch Schweizer Armeeingehörige helfen seit 5 Jahren freiwillig beim Wiederaufbau von zivilen Strukturen – beispielsweise in Kosovo. Die Ereignisse in dieser keine zwei Flugstunden entfernten Region zeigen die Notwendigkeit unserer Hilfe deutlich auf: Grobe Verletzung der Menschenrechte, wirtschaftliche Erschütterungen, riesige Zerstörungen können nur durch einen tatkräftigen Wiederaufbau behoben werden. Dies erfordert unsere Hilfe, sonst besteht die Gefahr, dass sich der Krisenherd

Kosovo zu einem Flächenbrand mit unkontrollierbaren Folgen für ganz Europa über Mazedonien hinaus ausbreitet. Da einfach die Augen zu verschliessen und so zu tun, als ginge uns das alles nichts an, ist unmenschlich, destruktiv und zu unserem eigenen Schaden – ein solches Verhalten ist unverantwortbar.

Selbstschutz als Verpflichtung

Schweizer Soldaten, die sich an friedenssichernden Einsätzen im Ausland beteiligen, tun dies freiwillig. Niemand wird dazu gezwungen oder erhält einen Marschbefehl. Die Freiwilligen wollen einen sinnvollen humanitären Beitrag leisten und ihr Know-how einer leidgeplagten Zivilbevölkerung zur Verfügung stellen. Was in der Schweiz zur Ausrüstung jedes Soldaten gehört, nämlich die persönliche Waffe, bleibt den Armeeingehörigen von friedenssichernden Einsätzen im Ausland verwehrt. Dies muss sich ändern. Bundesrat und Parlament wollen, dass sich Schweizer Soldaten, die freiwillig im Ausland die zivilen Hilfsorganisationen unterstützen, in Zukunft selbst schützen können. Indem wir unseren Friedenssoldaten die zu ihrem Schutz erforderlichen Waffen mitgeben, vermindern wir nicht nur das Risiko für unsere Freiwilligen; wir verbessern auch ihre Wirkungsmöglichkeiten. Darum stimmen Sie Ja zur Revision des Militärgesetzes. Sie sagen damit nicht nur ein Ja zum Selbstschutz unserer Friedenstruppe, sondern auch zu einem wirksamen Schutz vor ungebremsten zukünftigen Flüchtlingsströmen.

Anzeige

Wir machen den Kopf frei.

2x in Zürich
World Trade Center
Stockerhof

Wenn Sie angenehm + erfolgreich arbeiten wollen:

- Top-Offices für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- hochwertige Vollausstattung
- Repräsentative Geschäftsadresse
- erstklassiges Umfeld

www.regus.com
tel. +41 1 208 37 09

**Regus**

4x in der Schweiz, über 300x weltweit

Personal-Pool

Wer bekannt werden will, muss jede Chance nutzen

Die Kantonalsekretariate sind seit einiger Zeit aufgefordert, dem Generalsekretariat Leute zu melden, die sich in den nächsten Jahren einer Wahl stellen. Um dieses Personal-Pool zu erweitern, rufen wir alle «Freisinn»-Leser auf, sich fürs Personal-Pool in ihrem Spezialgebiet zu melden.

Wir haben an folgende Themenbereiche gedacht: Wirtschaft, Landwirtschaft, Rechtsfragen, Kultur, Bildung, Gesundheit,

Drogen, Soziales, Verkehr, Umwelt, Ausländer, Asylanten, Wohneigentumsförderung, Raumplanung, Medienpolitik, Sport, Tourismus usw. Diese Themen können auch erweitert werden.

Was melden?

Melden Sie sich mit folgenden Angaben an das Generalsekretariat mit dem Vermerk «Personal-Pool»: Mein(e) Spezialgebiet(e), Name, Vorname, Adresse, PLZ, Ort, Beruf, Titel, Politisches Amt, Telefon, Natel, Fax, E-Mail.



Nicht nur Christine Egerszegi braucht jeweils in der «Arena» oder bei anderen Anlässen ihre fachkundigen Leute im Rücken. Nur so können wir aus «Hinterbänklern» Leader machen. Oder: «Übung macht den Meister».

Bild: rus

Kreuzen Sie uns bitte mit Ihrer Anmeldung folgende Punkte an:

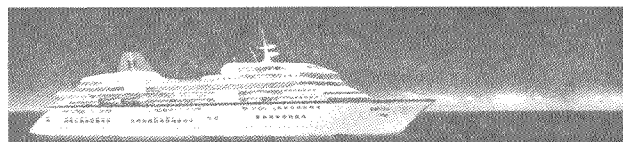
Ich würde an folgenden Anlässen teilnehmen:

- | | | |
|-------------|-----------------------------|-------------------------------|
| «Arena» | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| SF DRS | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| Regional-TV | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| Radio DRS | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| Lokalradio | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| Kant. DV | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |
| CH DV | <input type="checkbox"/> Ja | <input type="checkbox"/> Nein |

Mein(e) Spezialgebiet(e):

Anmeldung an: FDP-Generalsekretariat
Neuengasse 20, Postfach 6136
3001 Bern
Fax (031) 320 35 00
oder E-Mail r.schlaepfer@fdp.ch

Anzeige



MS EUROPA

Bestes Kreuzfahrten-Schiff (Berlitz 2001)
5 Sterne plus ★ 204 Suiten ★ 28'600 BRZ

**Island, Spitzbergen, Nordkap
und Norwegische Fjorde**
unter der Mitternachtssonne

2. bis 24. Juli 2001, 22 Tage für «Geniesser mit Zeit»

Kiel – Bergen – Shetland-Inseln – Färöer-Inseln – Reykjavik – Spitzbergen – Nordkap – Tromsö – Lofoten – Alesund – Flam – Gudvangen – Oslo – Kiel

Kreuzfahrt ab/bis Kiel in Zweibett-Aussensuite
pro Person ab EURO 7 148.– / DM 13 980.–

Den «schnelleren Geniessern» zur Auswahl:

Kiel – Tromsö, 02.–17. 7. ab EURO 5108.–/DM 9990.–
Tromsö – Kiel, 16.–24. 7. ab EURO 3063.–/DM 5990.–

Original-Prospekt und -Preise in EURO/DM
– billiger dank günstigem Wechselkurs –
Informationen, individuelle Beratung und Buchung bei:



Generalvertretung Schweiz:
MCCM MASTER CRUISES
Chr. Möhr AG, Fällanden ZH

Tel. 01/825 20 50 Fax 01/825 31 41

Revision des Militärgesetzes

Warum wir Frauen 2x Ja stimmen sollten!

Wir stimmen am 10. Juni 2001 über eine Teilrevision des Militärgesetzes ab. Die Auns aus dem rechten Lager und die GSoA aus dem linken Lager haben nämlich das Referendum gegen diese Teilrevision ergriffen.

*Von Doris Portmann**

Bei der Teilrevision geht es einerseits um die Bewaffnung von freiwilligen Armeeangehörigen in Fried-

ensförderungsdiensten im Ausland und andererseits um die Möglichkeit der Armee, teilweise im Ausland trainieren zu können.

Sie denken vielleicht, solch militärische Themen gehen Frauen nun wirklich nichts an. Da bin ich persönlich ganz anderer Ansicht und hoffe, dass sich sehr viele Frauen eine Meinung zu den aufgeworfenen Fragen bilden werden.

Bei beiden Vorlagen geht es hauptsächlich um die

Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten.

Unsere Soldatinnen und Soldaten, also unsere Töchter und Söhne, unsere Partnerinnen und Partner, welche sich freiwillig zur Verfügung stellen, im Ausland Dienst zum Zwecke der Friedensförderung zu leisten, haben nämlich ein Anrecht darauf, sich selbst zu schützen, nicht schutzlos möglicher Gewalt ausgeliefert zu sein. Dieser Schutz ist ihnen situativ zu gewähren, also wenn es



Doris Portmann

nötig ist, und dann mit geeigneten Mitteln. Es geht doch nicht an, dass sie sich von andern Armeen schützen lassen müssen, so zum Beispiel in Kosovo durch die österreichischen Truppen. Übrigens: Durch die Bewaffnung zum Selbstschutz und der damit gegebenen Möglichkeit des Sich-Wehrens soll gerade das verhindert werden, was die Gegner der Vorlage mit ihrer Kampagne suggerieren wollen.

In der Schweiz ist es teilweise nicht mehr möglich, eine genügende Ausbildung zu gewährleisten, da wir über zu wenig geeignetes Gelände verfügen oder zum Beispiel keine Überschallflüge zulassen. Daher ist es sinnvoll, einen Teil des Trainings unserer Soldatinnen und Soldaten auf ausländische Basen zu verlegen. Unsere Armeeangehörigen haben nämlich zu ihrem Schutze – aber vor allem auch zum Schutze unseres Staates – das Recht, optimal ausgebildet zu werden.

Unsere Neutralität wird – auch wenn die Gegner der Vorlagen dies immer wie-

der hervorheben – durch unsere Hilfeleistungen im europäischen Raum nicht tangiert. Diese Friedensförderungsdienste liegen in unserem ureigensten Sicherheitsinteresse. Denken Sie doch an die Flüchtlingsproblematik, die über Nacht auch uns betreffen kann. Alt Bundesrat Adolf Ogi hat diesen Gedanken in einem eindrücklichen Satz ausgesprochen: «Gehe hin zur Krise, bevor sie zu dir kommt.»

Ein «Nein» zum Engagement unseres Landes im Dienste der Friedensförderung würde bei andern Ländern auf Unverständnis stossen. Es würde unserem Image schaden, wenn wir als Trittbrettfahrer, Profiteure und Rosinenpicker da stünden.

Ich hoffe deshalb, dass das Schweizer Volk – Männer und Frauen – am 10. Juni 2001 Ja zu den beiden Abstimmungsvorlagen sagen wird – zugunsten unserer Soldatinnen und Soldaten – zugunsten einer weltoffenen Schweiz! ■

** Fürsprecherin, Chef Frauen in der Armee im Grade eines Brigadiers, FDP-Mitglied.*

Anzeige

**HEV Zürich**

**verwaltet, bewertet,
vermittelt, renoviert,
berät und informiert
Sie kompetent
im Immobilien-Bereich.**

Die direkte Telefon-Nummer
zum Spezialisten:

Verwaltung 01/487 17 50
Bau 01/487 18 11
Schätzung 01/487 17 21
Verkauf 01/487 17 79
Rechtsberatung 01/487 17 17

Hauseigentümerverband Zürich
Albisstrasse 28, Postfach, 8038 Zürich
Tel. 01/487 17 00, Fax 01/487 17 77, www.hev-zh.ch

Anzeige

**Edle & auserlesene
Australier**

20 Sorten aus 7 Kleinbetrieben
z. B. Chiraz/Cabernet Sauv.
7,5 dl 1999 Fr. 16.50

Vinello Weine Schänis

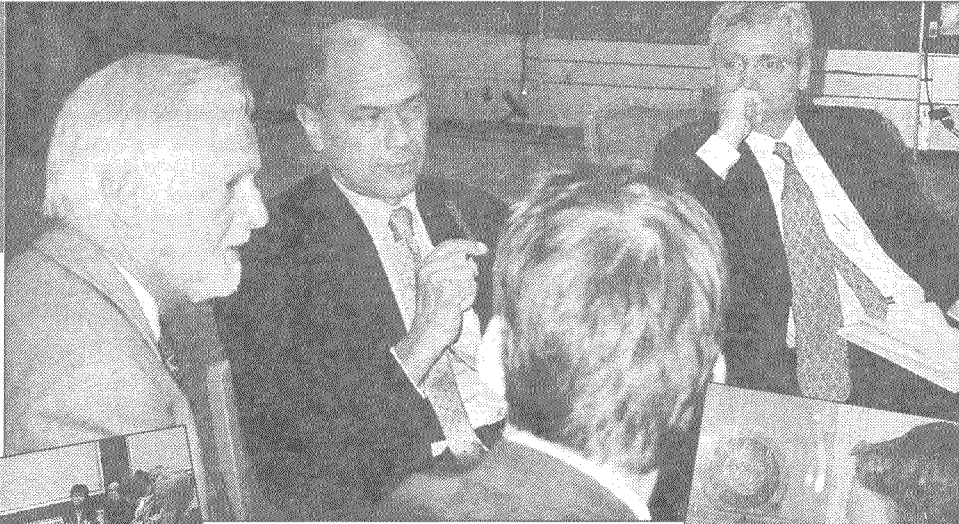
Versand in der ganzen Schweiz
Auf Wunsch 50% WIR

Preis-/Sortimentsliste unter:
Tel. (055) 214 49 49
Fax (055) 619 54 94
vinello@btuewin.ch



Karikatur Andreas Töns

Nationalrat Erich Müller, Zürich, Ständerat Peter Briner, Schaffhausen, und der Urner Sekretär Stefan Fyberg rätseln, ob es bei der Präsidentenwahl Stimmenthaltungen gibt.

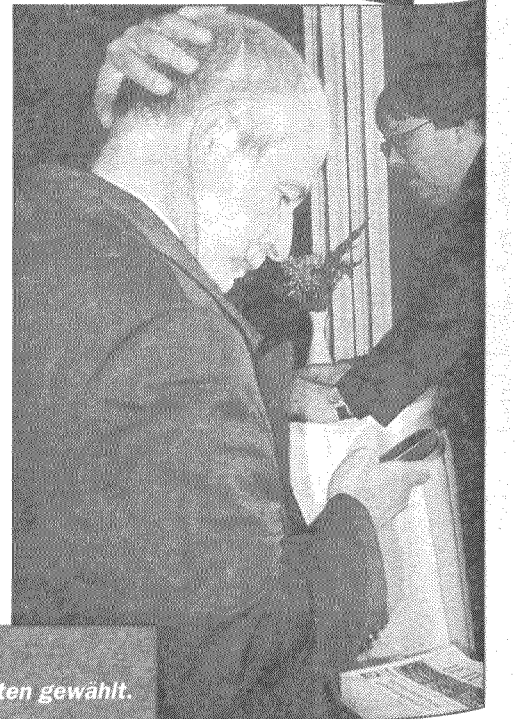
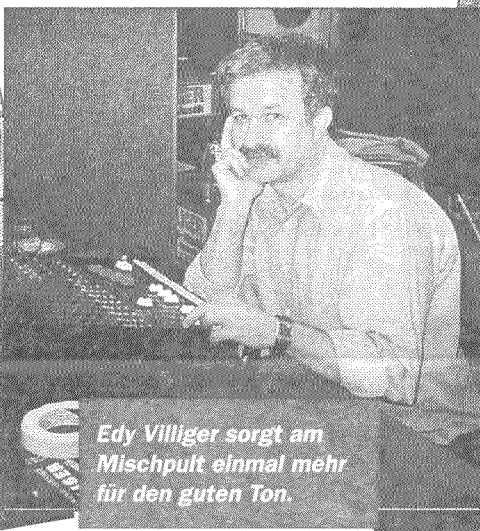


Die beiden Übersetzerinnen Isabel Maurer und Marie-Louise Sialm.


Wenn selbst Pressefotografen vor dem neuen Präsidenten auf die Knie gehen.



Edy Villiger sorgt am Mischpult einmal mehr für den guten Ton.




Es ist so...
... Gerold Bührer wurde ohne Gegenstimme zum Präsidenten gewählt.



Nicht nur Standing ovations, sondern auch «Blumen» In verschiedenster Form erhielt Franz Steinegger als Dank.




Gerold Bühler hat das FDP-Feuer von Franz Steinegger übernommen.



Nach der Addition der abgegebenen Stimmen war klar: Der neue Chef von Generalsekretär Guido Schommer heisst Bühler.



Gratulation auch aus zarter Schaffhauser Hand.



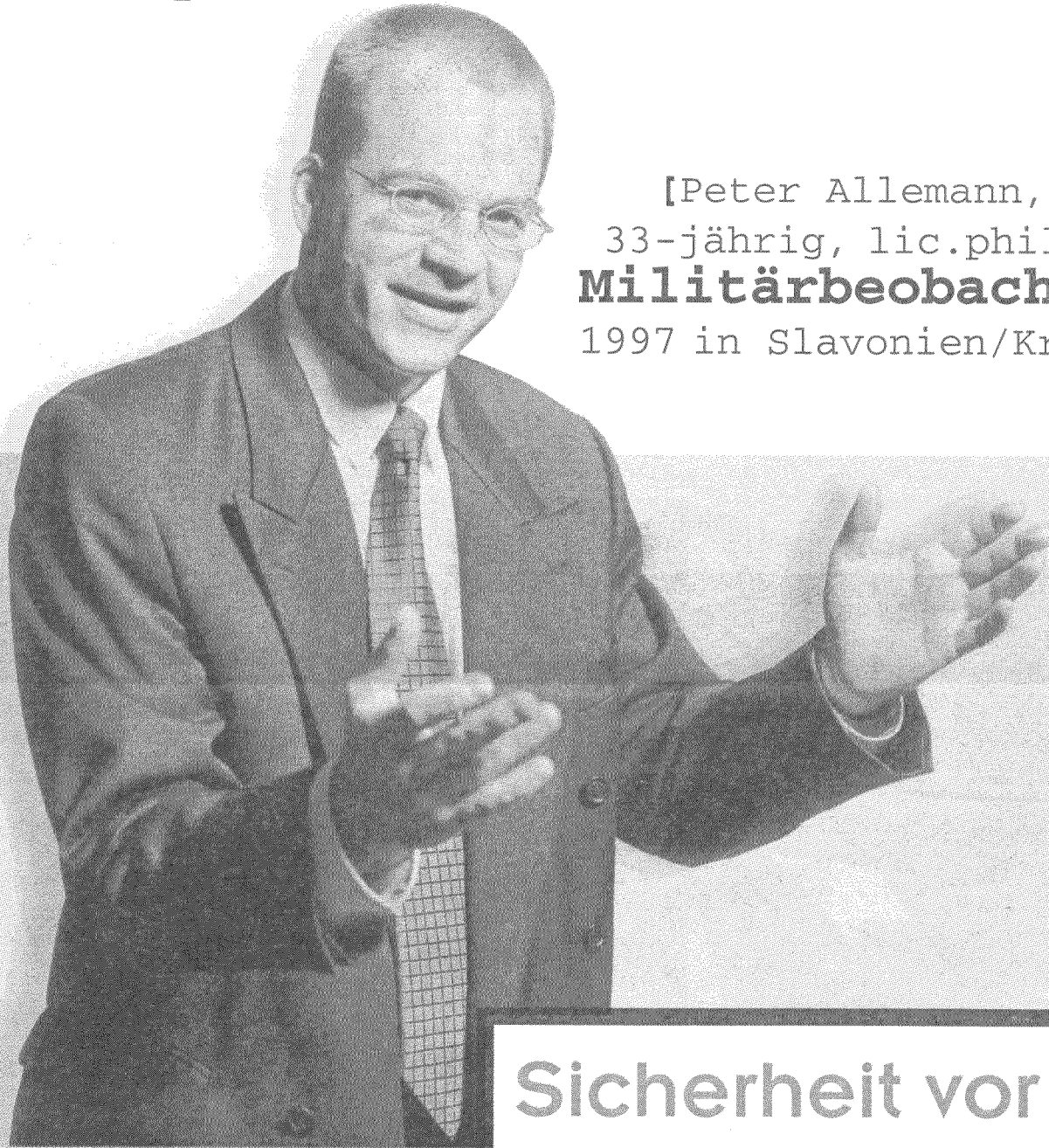
Tele24- und Landmann von Gerold Bühler, Mathias Akeret, war für jede Aktualität bereit.



Freude herrscht am Schaffhauser-Tisch.

Fotos: rus

«Geschützte Helfer helfen besser»



[Peter Allemann,
33-jährig, lic.phil.I,
Militärbeobachter
1997 in Slavonien/Kroatien]

Sicherheit vor Ort

2xJA

**Militär
gesetz**

10. Juni 2001

www.selbstschutz.ch